

# Mitteilung

## öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Digitalisierungsausschuss	04.10.2021
Hauptausschuss	15.11.2021

### Modellprojekt „Digitale und Hybride Gremiensitzungen“

Am 30.06.2021 hat der Landtag Nordrhein-Westfalen die Landesregierung mit einem Modellprojekt zur Durchführung von Sitzungen kommunaler Vertretungskörperschaften in digitaler und hybrider Form beauftragt. Der Projektauftrag des Landtags umfasst die Entwicklung allgemeingültiger technischer und verfahrensmäßiger Standards, auch für (geheime) Abstimmungen und nichtöffentliche Beratungen. Zudem sollte eine kommunalverfassungsrechtliche Regelung zur Klarstellung der rechtlichen Voraussetzungen für digitale Sitzungsformate, der zulässigen Gremien und der zulässigen Sitzungsvarianten unter Beachtung des Öffentlichkeitsgrundsatzes sowie datenschutzrechtlicher und technischer Aspekte vorgeschlagen werden ([LT-DRS. 17/14285](#)).

Frau Oberbürgermeisterin Reker wurde mit Schreiben vom 06.08.2021 von Frau Ministerin Scharrenbach über die Beteiligung am Modellprojekt informiert (vergleiche [Vorlage 2948/2021](#)). Die Stadt Köln wird im Projekt durch das Amt der Oberbürgermeisterin und das Amt für Informationsverarbeitung vertreten.

Neben der Stadt Köln nehmen auch die Städte Bielefeld, Bonn, Essen, Solingen, Grevenbroich, Lünen, Moers, Paderborn, Bad Lippspringe, die Gemeinden Rommerskirchen und Sternwede, die Kreise Mettmann und Steinfurt, sowie der Landschaftsverband Rheinland am Modellprojekt teil. Als Teilnehmende mit Gaststatus sind der Chief Information Officer (CIO) des Landes NRW, das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit NRW, der Städtetag NRW, der Landkreistag NRW sowie der Städte- und Gemeindebund NRW vertreten. Die Projektsteuerung erfolgt durch das MHKBG NRW, dabei insbesondere auch die Bearbeitung des Bausteins „Rechtlicher Rahmen“. Die Aufgaben der Projektleitung, sowie die Bearbeitung des Bausteins „Technische Anforderungen“ (IT-Anforderungen, IT-Sicherheit, Datenschutz) werden von der d-NRW AöR wahrgenommen. Beratend unterstützt wird das Vorhaben zudem durch ein externes Projekt- und Expertenteam.

Am 14.09.2021 fand unter Federführung des MHKBG NRW die Auftaktveranstaltung statt, in der die Projektbeteiligten und das Projektvorgehen vorgestellt und erste Grundsatzfragen erörtert wurden. Anknüpfend an diese Auftaktveranstaltung wurden den Kommunen Fragenkataloge zu Rechtsfragen und zu den technischen Standards bereitgestellt. Die nächste Modellprojektsitzung wird auf Basis der jeweiligen Zulieferungen Ende Oktober stattfinden.

Die Situation wird derzeit seitens der Stadt Köln wie folgt eingeschätzt:

Grundsätzlich sieht die Stadt Köln die Notwendigkeit einer möglichst zeitnahen Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen, um zügig in eine organisatorische und technische Erprobung digitaler bzw. hybrider Gremiensitzungen einsteigen zu können. Eine umfassende praktische Erprobung im laufenden Sitzungsbetrieb von Rat und Ausschüssen ist auf Basis der aktuellen gesetzlichen Regelungen

nicht möglich. Die Schaffung der notwendigen Rechts- und Handlungssicherheit hierzu muss bzw. kann nur auf Landesebene erfolgen.

Die notwendigen technischen Lösungsbausteine sind grundsätzlich am Markt verfügbar und zum Teil auch bei der Stadt Köln im Einsatz. Neue Lösungsbedarfe bringt insbesondere das Thema „E-Voting“ sowie der Umgang mit Öffentlichkeit/Nichtöffentlichkeit in digitalen/hybriden Sitzungen mit sich. Insbesondere im Thema digitaler Abstimmungen bedarf es sowohl der Berücksichtigung bestehender rechtlicher Rahmenbedingungen (GO NRW, DSGVO, DSG NRW) als auch der Schaffung verbindlicher organisatorischer und technischer Vorgaben.

Neben Auswahl und Bereitstellung ist das organisatorisch / technisch / rechtlich korrekte Zusammenspiel dieser Bausteine besonders wichtig.

Mit Blick auf die angestrebte positive Erfahrung durch Benutzende bei der Handhabung bzw. Teilnahme an einer digitalen/hybriden Gremiensitzung, bedarf es eines niedrighwelligen Zugangs für die Gremienmitglieder, der über einen horizontalen Integrationsansatz der verschiedenen Anwendungen, Prozesse und Daten möglich gemacht werden sollte. Die Stadt Köln ist hierzu, parallel zu den Terminen im Modellprojekt, in internen Überlegungen und wird die Erkenntnisse in das Modellprojekt einbringen.

Die Verwaltung wird über die weiteren Entwicklungen im Modellprojekt berichten.

**Gez. Blome**